und eine Anzahl Gewehr- und Revolverpatronen gefunden, die beschlagnahmt wurden. Die Beteiligten, vier junge Leute im Alter von 19 bis 21 Jahren, die teils Kaufleute, teils landwirtschaftliche Angestellte sind, wurden festgenommen. Da es sich um Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik handelt, wird die Reichsanwaltschaft weiter über sie verfügen.

Vermischtes.

Die Mehlschiebungen bei der Berliner Brotversorgung. Der Ueberwachungsabteilung des Berliner Magistrats ist es bekanntlich gelungen, Unregelmäßigkeiten aufzudecken, die sich mehrere Beamte der Abteilung für Brotversorgung dadurch haben zu Schulden kommen lassen, daß sie gegen Bestechungen einzelnen Mehlfirmen auf betrügerische Weise Vergünstigungen zukommen ließen. Auf Veranlassung der mit der Untersuchung der Angelegenheit betrauten Behörden sind der Leiter der Stelle 8, Sachverständiger Schulke, der Sachverständige Mrusch und der frühere Sachverständige, jetzige Mehlhändler Martin Levi verhaftet worden.

Automobilunglück. In der Nähe von Ulm fuhr das Auto eines dortigen Kaufmanns gegen einen Baum. Der Besitzer des Autos und sein Geschäftsfreund, ein Kaufmann aus Nürnberg, wurden getötet, zwei andere Insassen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Veruntreuungen bei der Telefunkengesellschaft aufgedeckt. Aus der Berliner Station der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie (Telefunkengesellschaft) sind wesentlich verbesserte Gebe- und Empfangsröhren, die nur für den Betrieb der Gesellschaft bestimmt sind, von zwei Physikern und einem Mechaniker der Gesellschaft durch Vermittelung eines Ingenieurs nach Holland, Amerika und den russischen Randstaaten verkauft worden. Die Kriminalpolizei hat die Veruntreuungen aufgedeckt und die drei Angestellten verhaftet, die nach ihrer Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt worden sind. Ein Strafverfahren ist eingeleitet worden. Die Polizei fahndet nach weiteren Schuldigen.

Für zwei Milliarden Notgeld der Stadt Berlin. Zu dem Beschluß des Berliner Magistrats, für zwei Milliarden Mark städtisches Notgeld herauszugeben, teilen die Berliner Blätter mit, daß die Stadt für das Notgeld bei der Reichsbank eine Sicherheit leisten muß, die aber nicht in städtischen Papieren, sondern in Werten anderer Unternehmungen oder des Staates bestehen soll. Das Notgeld soll in der Reichsdruckerei hergestellt werden. Zu seiner Annahme kann niemand gezwungen werden.

Eine geheimnisvolle Dynamitkiste beschlagnahmt. Am Donnerstag abend gegen 7 Uhr wurde von Beamten der politischen Polizei auf dem Bahnhof Grunewald eine Kiste mit mehreren Packungen Dynamit beschlagnahmt, die zum Versand bestimmt war. Bis zurzeit konnte der Absender der Kiste Dynamit, das wahrscheinlich zu neuen Anschlägen benutzt werden sollte, noch nicht ermittelt werden.

Eine Ladung Knallkorke explodiert. Wie die Berliner Blätter aus Gronau berichten, explodierte die aus Knallkorken bestehende Ladung eines Lastautos bei der Revision am holländischen Zollamt. Der Führer und der revidierende Beamte wurden getötet, ein in der Nähe stehender Zolleinnehmer und dessen Frau leichter verletzt. Das Zollhaus wurde schwer beschädigt.

Die erste deutsche Eisenbahn unrentabel. Aus Nürnberg wird gemeldet: Die Ludwigsbahn, die 1834 als erste deutsche Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth erbaut worden ist, soll wegen Unrentabilität den Betrieb einstellen. Allerdings ist die Stadt Fürth an Nürnberg mit dem Ersuchen herangetreten, die Bahn zu übernehmen und in ihr elektrisches Straßenbahnnetz einzubeziehen.

Im Unterseeboot nach dem Nordpol. Aus Kopenhagen wird berichtet, daß der deutsche Gelehrte Dr. Anschütz den Plan ausgearbeitet hat, in einem Unterseeboot nach dem Nordpol zu fahren. Auf seine Anfrage bei der Germaniawerft in Kiel hat diese die Absicht erklärt, ein Unterseeboot von 500 Tonnen Größe zu bauen. Mit acht Mann Besatzung wird das Schiff fünfzehn Knoten ohne Unterbrechung unter Wasser zurücklegen. Der Aktionsradius soll auf tausend Meilen berechnet werden. Dr. Anschütz erklärte übrigens, die Fahrt müsse im Sommer stattfinden. Bei seiner Erforschung des Polarmeeres in den letzten Jahren hat er gefunden, daß das Eis niemals unter zwölf Faden gelangt, und da es möglich ist, noch in der Tiefe von 22 Faden mit einem Unterseeboot zu manövrieren, scheint der Plan ausführbar. Bei einer Geschwindigkeit von sechs Meilen in der Stunde über Wasser und vier Meilen unter Wasser, rechnet Dr. Anschütz täglich dreißig Meilen in achtstündiger Fahrt zurücklegen zu können. Bis zum 88. Grad wird die Fahrt nach seiner Ansicht rasch von statten gehen. Von da bis zum Pol werde er dann fünf Wochen brauchen, vorausgesetzt, daß dieser nicht von Land in großer Ausdehnung umgeben ist. — Was Kapitän Nemo in Jules Vernes Roman „Zwanzigtausend Meilen unter dem Meere" vollbracht hat, soll also vielleicht zur Wirklichkeit werden.

Der Fremdenverkehr in Wien ist rapid zurückgegangen. Mehr als die Hälfte der Wiener Hotels steht leer. Der Grund ist darin zu suchen, daß man jetzt in Wien vielfach teurer lebt als im Auslande. Für die Gemeinde Wien ergibt sich dadurch ein Ausfall an Steuern von 600 Millionen Kronen in der ersten Hälfte des Monats Oktober.

Ein Gemeindevorsteher verhaftet. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft sind in Vlotho a. d. Weser der sozialdemokratische Gemeindevorsteher und mehrere Gemeinderatsmitglieder unter der Anschuldigung des Betruges, der Bestechung und der Urkundenfälschung verhaftet worden. Die Verhafteten sollen sich bei der Kartoffelversorgung, bei der Errichtung von Siedlungsbauten und anderen sozialen Unternehmungen auf Kosten der armen Bevölkerung bereichert haben.

Seide für Sekt. Der Millionendiebstahl in Seidenwaren, der im Sommer bei der Firma Salinger und Benda in der Schützenstraße in Berlin verübt wurde und bei dem die Täter tausend Meter Seidenkaschmir, dreitausend Meter Crepe de Chine und Crepe Maroquin zu dem ungeheuren Wert von acht bis zehn Millionen Mark erbeuteten, beschäftigte das Schöffengericht Berlin-Mitte. Angeklagt waren der schon mit mehr als zehn Jahren Zuchthaus vorbestrafte Schlächter Nowicki, dessen Ehefrau Frida sowie der Kaufmann Oskar Troschke. In einer Likörstube am Moritzplatz wurden zwei Tage nach dem Diebstahl einer Bardame zwei Stücke Seidenstoffe als Bezahlung einer Sektzeche gegeben. Als die Bardame, erfreut über das günstige Tauschgeschäft, den Gästen die Seidenstoffe zeigte, war zufällig ein Angestellter der bestohlenen Firma zugegen, der in der Farbe und an der Webekante die gestohlenen Stoffe wiederzuerkennen glaubte. Er ging mit der Bardame auf das Polizeipräsidium. Aus dem Verbrecheralbum erkannte diese hier den Angeklagten Nowicki wieder. Das junge Mädchen hielt auch in der Verhandlung unter Eid aufrecht, daß die beiden Angeklagten die freigebigen Gäste gewesen seien. Die Verteidiger traten den Beweis an, daß der Angeklagte in einem berüchtigten Schieberlokal in der Münzstraße kurz vor dem Diebstahl reichliche Mengen der Seidenstoffe gekauft hatte, und daß bei der Gleichartigkeit der Fabrikate die Möglichkeit bestehe, daß auch andere Geschäfte dieselben Stoffe geführt haben. Das Gericht erklärte, daß zwar ein starker Verdacht vorhanden sei, aber zur Ueberführung nicht ausreiche. Das Gericht sprach daher die Angeklagten frei.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 20. Oktober 1922.

Der Bildersturm im Durlacher Rathaus.

)(**Karlsruhe.** Der Bildersturm im Durlacher Rathaus anläßlich der Kundgebung zum Schutze der Republik am 4. Juli fand jetzt ein Nachspiel vor dem Schwurgericht. Nach 12stündiger Verhandlung gegen 7 fast durchweg jugendliche Angeklagte wegen Haus- bezw. Landfriedensbruchs wurde auf Gefängnisstrafen von 2 bis 5 Monaten erkannt. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

Deutschland und der Rücktritt Lloyd Georges.

* **Berlin.** Der „Berl. Lokal-Anz." schreibt zum Rücktritt Lloyd Georges: Für Deutschland ist diese Ministerkrisis natürlich ein Ereignis von größter Wichtigkeit. Sie tritt in einem Augenblick ein, in dem wieder entscheidende Beschlüsse über unser Schicksal im Wiederherstellungsausschuß und auf der wahrscheinlich in Brüssel stattfindenden Konferenz des Obersten Rates gefaßt werden sollen. Diese Beschlüsse werden nun vertagt werden müssen, und das ist angesichts des immer tieferen Sinkens des Wertes unserer Mark, dem sie Halt gebieten sollen, und angesichts der Notwendigkeit, die Frage unserer Zwangszahlungen so schnell wie möglich endgültig zu lösen, im höchsten Grade gefährlich. Der Rücktritt Lloyd Georges bedeutet aber im Grunde auch einen neuen Triumph Poincarés. Denn der englische Ministerpräsident hatte sich in Frankreich um alle Sympathien gebracht, und man wird in Paris aufjubeln, wenn man ihn los wird. Und es ist eine durch zahlreiche Erfahrungen der Nachkriegszeit erhärtete Tatsache, daß man in Berlin keinen Grund zur Fröhlichkeit hat, wenn man in Paris jubelt.

Französische Stimmen zum Rücktritt Lloyd Georges.

)(**Paris.** Zur Demission Lloyd Georges schreibt „Petit Parisien", augenscheinlich habe die Niederlage, welche die Politik Lloyd Georges im Orient erlitten habe, seine Abdankung herbeigeführt. Tatsächlich aber habe es den Anschein, als ob Lloyd George durch sich selbst gestürzt worden sei. Man könne nicht oft genug wiederholen, daß die größte Stunde seiner Laufbahn vielleicht die gewesen sei, in der er die Notwendigkeit eines einheitlichen Kommandos für sämtliche Alliierte anerkannt habe, indem er spontan das englische Heer unter den Befehl eines französischen Generals gestellt habe. Diesen Willen, aus der Entente eine dauerhafte Macht zu gestalten, habe man nach den letzten Wahlen feststellen können. Vor und nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles, als er von einem französisch-britischen Pakt gesprochen habe, habe er sich und sein Land zu einer entschlossenen Verteidigung und Zusammenarbeit mit Frankreich gebracht. Nach und nach aber habe Lloyd George einer Figur mit verschwommenen Umrissen Platz gemacht, bei der man noch nicht den Feind, aber auch nicht mehr den Freund der Vergangenheit habe entdecken können. Es sei schon ein großer Fehler von ihm gewesen, daß er in Frankreich den Eindruck hervorgerufen habe, als stände er ihm jedesmal im Wege, wenn es von Deutschland das verlangt habe, was es ihm schulde. Einen nicht wieder gut zu machenden Fehler aber habe er begangen, als er die Drohung mit dem Bruch der Entente ausgestoßen habe.

Verschärfte Kontrollmaßnahmen.

)(**Paris.** Wie der „Matin" mitteilt, ist der französische Plan, der heute der Reparationskommission unterbreitet wird, nichts anderes als der verschärfte Vorschlag Maucleres. Er verlange verschärfte Kontrollmaßnahmen über die deutschen Finanzen, namentlich über die Reichsbank, Eröffnung von Spezialkonten für den deutschen Export, kurzum alle Maßnahmen, über die die französischen und englischen Sachverständigen sich während der Londoner Konferenz im August verständigt hätten, und die bis jetzt noch nicht zur Anwendung gekommen seien. Das Blatt glaubt aber nicht, daß das französische Memorandum schon im Laufe der heutigen Sitzung der Reparationskommission zur Besprechung gestellt werden könne.

Die Orient-Friedenskonferenz.

)(**Paris.** Poincaré hat gestern eine Mitteilung Lord Curzons erhalten, worin dieser den 15. November als Tag des Zusammentritts der Orient-Friedenskonferenz vorschlägt. Sie soll in Lausanne stattfinden.

Die rote Armee marschiert auf Wladiwostok.

)(**Honolulu.** Nach einem Telegramm aus Tokio haben die Roten Truppen Nikolajewsk genommen und marschieren auf Wladiwostok. General Dietrichs habe sich an Bord eines japanischen Schiffes geflüchtet.

Die Lage der griechischen Flüchtlinge.

)(**Athen.** Nach einer halbamtlichen Meldung gibt die Lage der Flüchtlinge Anlaß zu schweren Besorgnissen bei der Regierung. Die Gesamtzahl wird auf über eine Million geschätzt. Für Wohnungsbau werden etwa 2 Milliarden für erforderlich gehalten. Der Ministerrat hat beschlossen, die Angebote englischer und amerikanischer Finanzgruppen wegen einer besonderen Anleihe in Erwägung zu ziehen.

Jahrmarkt-Anzeigen

mit Ankündigungen für Sonntag, Montag oder Dienstag wolle man **rechtzeitig erscheinen** lassen. — Jeder Jahrmarktbesucher muß sich im Voraus vorbereiten können, um zu wissen, welche Empfehlungen er bevorzugen wird. — Für die morgige Sonnabend-Ausgabe des Riesaer Tageblattes erbitten baldgefl. Einlieferung der Anzeigentexte. Auch die kleinste Anzeige findet durch das Riesaer Tageblatt schnellste und billigste Verbreitung.

Tageblatt-Geschäftsstelle
Riesa, Goethestraße 59.

Gerichtssaal.

—g. **Wegen versuchter Notzucht,** begangen am 26. Mai dieses Jahres in Zadel, mußte sich der 1894 zu Nünchritz geborne Schiffer Oswin Hermann R. vor den Geschwornen verantworten. Nach dem Wahrspruche der Geschwornen wurde der Angeklagte zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, worauf die Untersuchungshaft mit vier Monaten in Anrechnung kommt.

Der 1883 zu Niederlommatzsch geborne, in Questenberg wohnhafte Zimmermann Ernst Otto J. mußte sich in geheimer Sitzung vor der 5. Strafkammer des Dresdner Landgerichts wegen Vergehens nach § 176,3 des Reichsstrafgesetzbuches verantworten. Der wegen ähnlicher Vergehen bereits vorbestrafte Angeklagte erhielt neun Monate Gefängnis zudiktiert.

Kunst und Wissenschaft.

Gerhart Hauptmann Ehrenbürger der Stadt Breslau. Die Stadtverordnetenversammlung von Breslau hat gestern in geheimer Sitzung beschlossen, Gerhart Hauptmann aus Anlaß seines bevorstehenden 60. Geburtstages das Ehrenbürgerrecht der Stadt Breslau zu verleihen.

11. ord. evang.-lutherische Landessynode.

Am 18. Oktober trat die 11. ordentliche evangel.-luth. Landessynode zu einer kurzen Tagung, voraussichtlich der letzten, im Ständehause zu Dresden zusammen. Aus den Mitteilungen des Präsidenten Dr. Seelen-Wurzen ging hervor, daß die Tagung voraussichtlich bis Anfang nächster Woche dauern wird. Zum Schriftführer wird für den erkrankten Synodalen Oberjustizrat Dr. Gilbert, Gewerkschaftssekretär Gretz-Chemnitz gewählt. Syn. Schreiber-Mischwitz hat aus Gesundheitsrücksichten sein Amt als Synodale niedergelegt.

Einstimmig und ohne Aussprache wird in 1. Lesung der Entwurf eines Kirchengesetzes über die Amtsdauer des ersten Geistlichen an der bisherigen evangel. Hofkirche angenommen. Es bestimmt, daß dieser bei dem Inkrafttreten der neuen Verfassung vom 29. Mai 1922 mit diesem Zeitpunkte ohne weiteres in das Amt des Landesbischofs übertreten soll.

Auch der zweite vorliegende Gesetzentwurf über die Wahlen zur 12. ordentlichen Landessynode ist dadurch bedingt, daß die neue Kirchenverfassung noch nicht in Kraft getreten ist. Das neue Gesetz, welches nach der Vorlage in erster Lesung einstimmig angenommen wird, bestimmt, daß die Mitglieder der Kirchgemeindevertretungen (Kirchenvorstand und Gemeindevertretung) wahlberechtigt sein sollen. In Gemeinden, in denen keine Kirchgemeindevertretung besteht, sollen die Mitglieder des Kirchenvorstandes wählen. Dazu kommen dann noch Zusatzwähler.

Längere Verhandlungen verursachte die Vorlage des Landeskonsistoriums über das Verfahren bei Einstufung der Geistlichen in die Gruppe 11 der Besoldungsordnung, über welche Syn. Graefe-Arnsfeld berichtete. Bei der Abstimmung wird mit einigen Aenderungen die Vorlage des Landeskonsistoriums angenommen. Ausnahmsweise wurde beschlossen, eine zweite Verfassung dieser Vorlage zu veranstalten.

Nächste Sitzung Freitag, den 20. Oktober, nachm. 3 Uhr. Tagesordnung: 2. Beratung des Entwurfes eines Kirchengesetzes über die Amtsdauer des ersten Geistlichen an der bisherigen evangel. Hofkirche. 2. Beratung eines Kirchengesetz-Entwurfs über die Wahlen zur 12. Landessynode. 2. Beratung über das Verfahren bei Einstufung der Geistlichen in die 11. Besoldungsgruppe. Gesuche und Anträge.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Erhöhung der Versicherungsgrenze in der Angestelltenversicherung. Entgegen der in den Kreisen der leitenden Angestellten aufgetauchten Befürchtung, die von der Reichsregierung vorgeschlagene Erhöhung der Versicherungsgrenze in der Angestelltenversicherung auf 500 000 Mk. sei ein letzter Versuch, die durch den Krieg und die Geldentwertung gefährdete Angestelltenversicherung über Wasser zu halten, wurde vom Reichsarbeitsministerium erklärt, von irgendwelcher Gefährdung der Finanzlage in der Leistungsfähigkeit der Angestelltenversicherung könne keine Rede sein. Ferner wurde vom Reichsarbeitsministerium mitgeteilt, die Reichsregierung sei entschlossen, im Plenum des Reichstages den Antrag des sozialpolitischen Ausschusses, die Versicherungsgrenze überhaupt fallen zu lassen, nachdrücklich zu bekämpfen.

Die Uebergriffe gegen Parlamentarier im Rheinland. Sämtliche Fraktionen des Reichstages mit Ausnahme der Kommunisten haben folgende kleine Anfrage eingebracht: Im Laufe des letzten Jahres erlauben sich die Besatzungsbehörden im besetzten Rheinland mehrfach Uebergriffe gegen Parlamentarier des Deutschen Reiches oder der Länder. Es kamen Verhaftungen vor trotz der gesetzlich festgelegten Immunität der Abgeordneten. Vernehmungen fanden statt ohne genügenden Anlaß. Reden der Abgeordneten in den Parlamenten oder in Versammlungen auch im unbesetzten Gebiet sind zum Gegenstand von Untersuchungsverfahren gemacht worden. Welche Schritte hat die Reichsregierung demgegenüber zur Wahrung der Immunität der Abgeordneten seitens der Besatzungsbehörde unternommen?

Die Arbeiterschaft auf dem Krupp-Gruson-Werk in Magdeburg hatte von der Direktion Stellungnahme zu einem kürzlich in Halle gefällten Schiedsspruch gefordert. Die Direktion lehnte dies ab, da sie gegenwärtig in Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium stehe. Die Arbeiterschaft legte deshalb Donnerstag mittag die Arbeit nieder, worauf die Direktion die gesamte Belegschaft aussperrte.

Der Tarifkampf im Bankgewerbe. In einer vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten einberufenen öffentlichen Versammlung der Berliner Bankangestellten ist nach Ablehnung des Reichstarifschiedsspruches vom 12. Oktober 1922 beschlossen worden, zur Erreichung angemessener Tarifbezüge die Anwendung aller gewerkschaftlichen Kampfesmittel vorzubereiten, insbesondere wurde die strikte Ablehnung der Ueberarbeit mit sofortiger Wirkung beschlossen. — Wie weiter gemeldet wird, ist der Parole des Allgemeinen Verbandes der Bankangestellten, die Leistung von Ueberstunden zu verweigern, gestern in Berlin nur in ganz geringem Umfange befolgt worden. Soweit bisher festgestellt werden konnte, hat nur bei einer der Großbanken eine Anzahl Beamter die Leistung von Mehrarbeit abgelehnt.

Die Eingriffe der Rheinlandskommission in die deutsche Rechtspflege. Die Reichstags- und preußischen Landtagsabgeordneten aus dem besetzten Gebiete beschäftigten sich gestern abend in einer mehrstündigen Sitzung mit den Eingriffen der Rheinlandskommission in die deutsche Rechtspflege. In der Aussprache kam die große Erregung zum Ausdruck, die durch das Vorgehen der Rheinlandskommission in allen Bevölkerungsschichten der Rheinlande hervorgerufen worden ist.

Das Gesetz über die Erhaltung der Kriegergräber. Der Reichsrat nahm gestern ein Gesetz über die Erhaltung der Kriegergräber aus dem Weltkriege an. Zur Erhaltung der Gräber sind danach Reich und Länder verpflichtet, aber nur in Ergänzung der Pflege, die den Kriegergräbern von anderer Seite zuteil wird. Die Vorlage setzt dauerndes Ruherecht für alle Grundstücke fest, auf denen sich Kriegergräber befinden. Das Gesetz zur **Abänderung des Reichswahlgesetzes** wurde unter Abänderung der Beschlüsse der Ausschüsse angenommen. Die einjährige Karenzfrist, die in den Ausschüssen gestrichen worden war, wurde wieder hergestellt.

Die preußische Hauptlandwirtschaftskammer hielt gestern vormittag im Sitzungssaale des Landwirtschaftsministeriums in Berlin ihre 8. Hauptversammlung ab. Zu der Frage der **Getreideumlage** nahm die Hauptlandwirtschaftskammer eine Entschließung an, worin sie fordert, daß das Umlagesoll des Reiches entsprechend der schlechten Ernte und mit Rücksicht auf die erhebliche Verminderung der Zahl der umlagepflichtigen Landwirte, um die Hälfte ermäßigt wird. Ferner schloß sie sich bezüglich der Bezahlung des Umlagegetreides dem Vorschlag der preußischen Regierung an, wonach die Bezahlung auch in Stickstoff erfolgen könne und zwar fordert die Hauptlandwirtschaftskammer für diesen Fall für jeden Zentner Roggen einen Bezugsschein auf 90 Pfund Chilesalpeter. Ferner sprach sich die Hauptlandwirtschaftskammer in einer Entschließung gegen das Verbot der Butterauktionen aus und ebenso gegen die Bestrebungen der Viehhandelsverbände, die Zuchtviehauktionen gleichfalls zu verbieten. Bezüglich der Fleisch- und Milchversorgung wurde mitgeteilt, daß infolge der